



NIEDERSCHRIFT

17. Sitzung (IX. Wahlperiode) Hauptausschuss

Sitzungsdatum:
Donnerstag, 16.11.2017

Beginn:
16:00 Uhr

Sitzungsort:
**Ratssaal, Don-Bosco-Straße 6,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Haushalt 2018 IX/767.1
 - a) Entwurf der Haushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan und Anlagen
 - b) 6. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012
4. Stellen- und Organisationsplan 2018 der Stadt Korschenbroich sowie Stellenpläne der städtischen Eigenbetriebe IX/763.1
5. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten bei Einsätzen der Feuerwehr in der Stadt Korschenbroich IX/788
6. Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW zur Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel (APL) für den Neubau des Kindergartens Niers-Aue IX/798
7. Mitteilungen
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

17. Sitzung Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich vom 16.11.2017
Seite 2 von 27

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Mitteilung über die Vergabeentscheidung gemäß § 6 Abs. 5 der Vergabeordnung der Stadt Korschenbroich IX/769
2. Mitteilung über die Vergabeentscheidung gemäß § 6 Abs. 5 der Vergabeordnung der Stadt Korschenbroich IX/770
3. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
4. Mitteilungen
5. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

17. Sitzung des Hauptausschusses Donnerstag, 16. November 2017, 16:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Venten, Marc

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter

Brieske, Reinhard

Holzenleuchter, Peter

Kauerz, Wolfgang

Krappa, Gerd

Meyers, Julian

Roden, Erwin

Siegers, Thomas

(Vertreter f. Lieser, Wolfgang)

SPD-Ratsfraktion

Fels, Peter-Josef

Jahny, Paul

Richter, Albert

Wagemann, Frank

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar

Schmier, Rolf

(Vertreter f. Goebel, Jutta)

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andretzky, Jochen

Houben, Wolfgang

FDP-Ratsfraktion

Wolf-Kluthausen, Hanne

Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW

Makowiack, Bernd

Von der Verwaltung anwesend

Beigeordneter Stadtkämmerer Dückers, Thomas

Beigeordneter Onkelbach, Georg

Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus

Stadtamtsrat Frensch, Alexander

Gleichstellungsbeauftragte Osmani, Nora

Stadtamtsrat Schröder, Achim

Stadtamtmann Raddatz, Felix

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die 17. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt Bürgermeister Marc Venten vor, die Tagesordnung um den folgenden Punkt zu erweitern: „Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW zur Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel (APL) für den Neubau des Kindergartens Niers-Aue“. Die Sitzungsvorlage dazu wurde als Tischvorlage ausgeteilt. Der Hauptausschuss erklärt sich einstimmig damit einverstanden, sodass der Beschlussvorschlag vor den Mitteilungen als neuer Tagesordnungspunkt 6 aufgenommen wird. Die nachfolgenden Punkte ändern sich entsprechend.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

Der Einwohner Herr Vetter meldet sich zu Wort und fragt nach, ob die Verwaltung eine offene Informationsveranstaltung zum Baugebiet Niers-Aue durchführen wird. Er erhoffe sich davon eine Darstellung der Verwaltung, beispielsweise zum Zeitplan des Vorhabens und zur Ausgestaltung einer Kindertageseinrichtung.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach führt aus, dass dies durchaus möglich sei und ein Termin im Dezember gesucht werde. Er bittet um vorherige Zusendung der Fragen, damit sich die Verwaltung entsprechend vorbereiten könne.

Zum Thema „Niers-Aue“ meldet sich eine weitere Einwohnerin zu Wort und fragt nach, wann die Eröffnung eines neuen Kindergartens geplant sei, ob allen Kindern ein Kita-Platz angeboten werden könne, wie der Zeitplan diesbezüglich aussehe und ob die Verwaltung bereits eine Lösung für die Überquerung der Straße (Schulweg Richtung Ortskern) erarbeitet habe.

Bürgermeister Marc Venten führt aus, dass die Eröffnung eines neuen Kindergartens zum 01.08.2019 geplant sei. Der Bedarf an Kita-Plätzen werde derzeit ermittelt, dies gestalte sich mit Bezug auf das entstehende Baugebiet jedoch als schwierig, da der Verwaltung nicht alle neu hinzuziehenden Personen und die Anzahl der Kinder bekannt seien. Grundsätzlich habe man Erkenntnisse zu einem steigenden Bedarf, der mit der geplanten Eröffnung einer 4-Gruppen-Einrichtung voraussichtlich abgedeckt werden könnte.

Anschließend erläutert der Beigeordnete Herr Onkelbach, dass hinsichtlich der angesprochenen Brücke zur Überquerung der Straße eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden sei. Die Zuwegung zu einem Tunnel sei im Übrigen vorgesehen, die entsprechenden Bebauungsplan-Festlegungen würden allerdings noch getroffen, sodass ein Zeitplan bzw. konkrete Ausbaurbeiten noch unbekannt seien. Die Anregungen der Einwohnerin zum Schulweg würden in die Planungen mit einbezogen werden. Auf die Rückfrage, ob ggf. übergangsweise Schulbusse eingesetzt werden könnten, antwortet Bürgermeister Marc Venten, dass der Schülerspezialverkehr durch Vorschriften geregelt sei. Dies sei zu gegebener Zeit zu prüfen.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird Stadtamtmann Felix Raddatz einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jochen Andretzky einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Haushalt 2018

a) Entwurf der Haushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan und Anlagen

b) 6. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012

Bürgermeister Marc Venten teilt mit, dass die Haushaltsanträge anhand einer Präsentation der Verwaltung zusammengefasst und zu Themenbereichen zugeordnet worden seien. An dieser Struktur solle sich die weitere Beratung orientieren.

Die Präsentation der Verwaltung ist der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 4 beigelegt. Die Haushaltsanträge der Fraktionen sind dieser Niederschrift als Anlage 1 bis 3 und wesentlicher Bestandteil beigelegt.

Zu Beginn der Haushaltsberatungen weist Stadtkämmerer Thomas Dückers auf einige Eckdaten des Haushaltsentwurfes hin. Entgegen der in den Rat eingebrachten Version sei der Haushalt dahingehend durch die Verwaltung geändert worden, dass nunmehr der Neubau des Kindergartens Niers-Aue veranschlagt sei. Dadurch würden Anpassungen der Haushaltssatzung erforderlich werden. Der Kreditbedarf steige für das Jahr 2018 um 460.000 € auf 1.510.000 €. Außerdem hätten die Modellrechnungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 ergeben, dass die Stadt gegenüber der Veranschlagung rund 56.000 € zusätzlich aus der jährlichen Investitionspauschale des Landes erhält. Hinsichtlich der bereits im Vorfeld dieser Sitzung kundgegebenen Risiken bei der allgemeinen Kreisumlage und der Jugendamtsumlage teilt Herr Dückers mit, dass diese Risiken betragsmäßig etwas geringer ausfielen das Risiko beliefe sich nunmehr auf insgesamt rund 1,35 Mio. € (838.000 € Kreisumlage und 513.000 € Jugendamtsumlage). Im Übrigen sei die Weitergabe der positiven Effekte in Verbindung mit der Senkung der LVR-Umlage an die Kommunen möglich und der Kreis müsse die mögliche Reduzierung eins zu eins weitergeben.

3.1 Planung Kita Niers-Aue (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen sowie CDU, SPD)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben bezieht sich auf die Erweiterung der Tagesordnung, bittet um Zustimmung und fordert eine schnelle Inbetriebnahme des Kindergartens.

Bürgermeister Marc Venten erklärt die Dringlichkeit aufgrund der notwendigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln. Im Vorfeld war mit einem Investor / potenziellen Träger verhandelt worden. Seit letzter Woche stünde jedoch fest, dass dieser nicht bauen wolle.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

17. Sitzung Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich vom 16.11.2017
Seite 6 von 27

Der Beigeordnete Georg Onkelbach ergänzt, dass eine Summe zwischen 2,7 und 3 Mio. € verbaut werden solle. Frühester Baubeginn sei Anfang April 2018, vorher müsste noch die Erschließung durchgeführt werden, der Zeitplan sei daher knapp bemessen.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erklärt sich damit einverstanden, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass die Fertigstellung zum „frühestmöglichen Zeitpunkt“ erfolgen soll.

Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt die Veranschlagung der Haushaltsmittel. Unter Einbeziehung der unter TOP 6 dieser Sitzung als APL bereitzustellenden Mittel würden die Restkosten zu einem Drittel im Jahr 2018 und zu zwei Dritteln für das Jahr 2019 eingeplant werden. Die Maßnahme sei so eingeplant worden, dass die Stadt baut und den Kindergarten als Träger betreibt. Daher könnten für die Jahre 2018 und 2019 Kreiszuschüsse in Höhe von jeweils 50 % der Kosten eingeplant werden.

Die Ausschussmitglieder Albert Richter und Thomas Siegers erklären sich damit einverstanden, weisen aber darauf hin, dass aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen parallel auch weitere Gespräche mit potenziellen freien Trägern gesucht werden sollten.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen, mit welchen Investoren bzw. Trägern die Stadt zuvor verhandelt habe, antwortet Bürgermeister Marc Venten, dass die Gespräche mit einem Investor sehr konkret gewesen seien und daher alle anderen Möglichkeiten zurückgestellt worden seien. Den Investor könne man im nichtöffentlichen Teil der Sitzung nennen.

Beschluss-Nr. 767.1.1	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die Planung für den Kindergarten „Niers-Aue“ so voranzutreiben, dass dieser zum frühestmöglichen Zeitpunkt bezugsfähig ist. Gleichzeitig sind Verhandlungen mit möglichen freien Trägern durchzuführen.	

3.2 Gute Schule 2020 (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Nach kurzer Diskussion wird festgestellt, dass die Verwaltung im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport ein Konzept vorlegen werde, daher wird nachfolgend über die Verweisung abgestimmt.

Beschluss-Nr. 767.1.2	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss verweist den Antrag der Ratsfraktionen Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport.	

3.3 Jugendamt (CDU, SPD)

Ausschussmitglied Thomas Siegers erläutert den Haushaltsantrag. Die Umlage steige weiterhin an, Ursache dafür sei der wachsende Bedarf an Betreuungsplätzen in Kindergärten. Die Prüfung solle für die Stadt Korschenbroich keine zusätzlichen Kosten verursachen, daher werde im Rahmen der Stärkungspaktberatung eine Unterstützung durch die GPA NRW vorgeschlagen.

Bürgermeister Marc Venten spricht sich dafür aus, die Bedingung der Kostenneutralität mit in den Beschlussvorschlag aufzunehmen. Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen entgegnet er, dass es sich um einen Prüfauftrag handelte und das Jugendamt des Rhein-Kreises Neuss derzeit die Aufgaben für die Kommunen Jüchen, Rommerskirchen und Korschenbroich wahrnehme.

Beschluss-Nr. 767.1.3	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse die Vor- und Nachteile der Einrichtung eines eigenen Jugendamtes zu prüfen. Der Prüfauftrag ist für die Stadt kostenneutral durchzuführen.	

3.4 Ausweisung neuer Gewerbeflächen (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen hält es für erforderlich, weitere Einnahmen zu generieren. Sie bezieht sich u.a. auf die Gebiete „Glehner Heide“ und „Raderbroicher Feld“ und fordert, die Gewerbeansiedlung mit Nachdruck zu verfolgen.

Der Beigeordnete Herr Onkelbach führt aus, dass der angesprochene Regionalplan noch nicht rechtskräftig sei. Zurzeit befinde man sich am Anfang der Planungen, alles andere bliebe abzuwarten. Außerdem gebe es auch in bestehenden Baugebieten bereits Gewerbeflächen, die aber aus diversen Gründen nicht genutzt würden. Bezogen auf das Entwicklungspotenzial von 13 Hektar in der Glehner Heide teilt er mit, dass ein Weg zur schnellstmöglichen Aufstellung eines Bebauungsplanes gefunden werden sollte. Angesichts von Planungskosten in einer Größenordnung von 200.000 € sei zu beachten, dass eine Refinanzierung erst später möglich sei. Die Stadt trete insofern in Vorleistung. Beim „Raderbroicher Feld“ handelte es sich um eine „Mischfläche“, hier solle eine langfristige Vorgehensweise gewählt werden. Zurzeit gebe es aus seiner Sicht noch Probleme bei der Anbindung und der Verknüpfung der Straßen.

Ausschussmitglied Thomas Siegers sieht keine Veranlassung, das Thema „Raderbroicher Feld“ näher zu besprechen und pflichtet Herrn Onkelbach zum Gebiet „Glehner Heide“ bei.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Jochen Andretzky, ob die genannten Planungskosten von 200.000 € im Haushalt enthalten seien, entgegnet Stadtkämmerer Thomas Dückers,

dass man versuchen wolle, die Mittel im Wege einer Haushaltsresteübertragung vom Jahr 2017 in das Jahr 2018 bereitzustellen.

Der Hauptausschuss spricht sich für die Verweisung des Haushaltsantrages in den Planungsausschuss aus.

Beschluss-Nr. 767.1.4	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss verweist den Haushaltsantrag zur Ausweisung neuer Gewerbeflächen an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege.	

3.5 Fahrradfreundliche Stadt (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Jochen Andretzky verweist auf den gemeinsamen Antrag. Er sehe diesbezüglich zwar einen Konsens der Politik, wünsche sich aber klare Ergebnisse. Insofern werde um einen Bericht bzw. ein regelmäßiges Berichtswesen im Verkehrsausschuss gebeten, ein Grundlagenantrag hierzu liege bereits seit dem Jahr 2015 vor.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach entgegnet, dass aufgrund personeller Engpässe im Tiefbauamt wegen der Bearbeitung akuter Problemstellungen Prioritäten gesetzt würden. Zwar habe es seit dem Jahr 2015 keine gezielten Maßnahmen gegeben, jedoch seien diverse Maßnahmen im Rahmen der Zielsetzung „fahrradfreundliche Stadt“ umgesetzt worden. Als Beispiele zählt er die Unterführung Holzkamp, den Bau von Fahrradwegen entlang sanierter Straßen und die Reduzierung von Tempolimits bei städtischen Straßen auf.

Es wird sich dafür ausgesprochen, den Antrag in den Fachausschuss zu verweisen.

Beschluss-Nr. 767.1.5	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss verweist den Haushaltsantrag zur „fahrradfreundlichen Stadt“ an den Ausschuss für Bau und Verkehr.	

3.6 Bebauungspläne (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen hält es für angemessen, die Notwendigkeit der Aufstellung von Bebauungsplänen stärker zu hinterfragen.

Darauf antwortet der Beigeordnete Georg Onkelbach, dass Bebauungspläne grundsätzlich nur bei städtebaulicher Notwendigkeit aufgestellt würden. Allerdings stünden die Zielsetzungen von Investoren häufig denen der Politik entgegen. Verwaltung und Politik sollten in jedem Fall versuchen, den Charakter der Stadt im Rahmen der Verdichtung selbst zu bestimmen. Aktuell liefen parallel 22 Verfahren.

Ausschussmitglied Albert Richter erläutert am Beispiel Raderbroich, dass es Konsens der Politik sei, einen Lückenschluss bei Bebauungsplänen herzustellen. Die beantragte Vorgehensweise sei bereits Realität.

Auch Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass eine einzelfallbezogene Betrachtung bereits umgesetzt würde. Er stellt nochmals die Vorgehensweise dar.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen zieht den Haushaltsantrag daraufhin zurück und bittet darum, zukünftig die Kosten für Bebauungspläne darzustellen. Bürgermeister Marc Venten antwortet, dass dies im Rahmen des kürzlichen Grundsatzbeschlusses zur konsequenten Ausweisung finanzieller Folgen bei Beschlussvorschlägen ohnehin erfolgen werde.

3.7 Wirtschaftliche Nutzung Gebäudebestand / Raumkonzept (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Bürgermeister Marc Venten führt aus, dass eine positive Entscheidung der Schulkonferenz Voraussetzung für ein Beibehalten des G8-Abiturs am Gymnasium sei. Mit einer Entscheidung sei erst im Jahre 2018 zu rechnen. Er halte es im Übrigen für denkbar, bei einem eventuellen Wechsel zu G9 zunächst Klassen als G8-Jahrgang zu führen und später in G9-Klassen umzuwandeln. Bei einer Rückkehr nach G9 würden insgesamt sechs zusätzliche Räume benötigt werden, spätestens im Schuljahr 2025/2026, insofern habe man noch ausreichend Zeit für entsprechende Überlegungen.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach spricht in diesem Zusammenhang die Räumlichkeiten der ehemaligen Post an. Hier habe die Verwaltung einen Makler eingeschaltet. Die mit Interessenten geführten Gespräche scheiterten allerdings bisher aufgrund der nicht optimalen Raumaufteilung und der Miethöhe. Auf die Anregung des Ratsmitgliedes mit beratender Stimme Bernd Makowiack, die angesprochenen Räumlichkeiten ggf. einer Kindergarten-Nutzung zuzuführen, entgegnet Herr Onkelbach, dass sich die Räume in einem Rohbau-Zustand befänden und dafür erst ein umfangreicher Umbau erforderlich sei. Es sei im Übrigen fraglich, ob die Räumlichkeiten und das Außengelände für Zwecke der Kinderbetreuung geeignet seien.

3.8 Organisationsoptimierung Flächen- und Liegenschaftsmanagement (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen bezieht sich auf die Haushaltsdefizite der letzten Jahre und bezeichnet die Haushaltsprojektion des Haushaltssanierungsplanes (HSP) bis zum Jahr 2021 als riskant. Einsparungen seien aus ihrer Sicht dringend nötig. Der Haushaltsantrag sei als Maßnahme bereits im Jahr 2013 in den HSP aufgenommen worden und seit dem immer wieder verschoben worden.

Bürgermeister Marc Venten antwortet zur Haushaltsprojektion, dass gegenüber den vorherigen Planungen die Grundsteuer B nach derzeitigem Stand eventuell erst später und zudem geringer erhöht werden müsste, als bisher prognostiziert. Außerdem könnten die Belastungen durch die Kreisumlagen unter Umständen geringer ausfallen, als zunächst angenommen. Die Aussage, der Haushalt 2018 sei zu optimistisch aufgestellt, weist er deshalb zurück.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach weist darauf hin, dass die Terminplanung mit dem Hauptausschuss abgestimmt sei. Die angesprochenen Verzögerungen seien auch auf die erforderliche Stellenbesetzung zurückzuführen. Erste Ergebnisse seien vor den Haushalts-

beratungen für den Bereich Schulen vorgelegt worden. Aufgrund der aufwändigen Arbeit – jeder Raum müsse einzeln erfasst werden – könne die Untersuchung nicht schneller vorangetrieben werden. Anschließend kritisiert Herr Onkelbach, dass der Hauptausschuss keinen einzigen Haushaltsantrag zu dem vorgestellten Zwischenbericht zum Flächenmanagement eingereicht habe.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky widerspricht Herrn Onkelbach. Die Reihenfolge der Untersuchungen sei nicht einvernehmlich abgestimmt, sondern durch Mehrheitsbeschluss entschieden worden. Seine Fraktion hätte gerne nicht die Schulen zuerst untersucht, sondern eher die Bereiche, die ein realistisches und zügiges Einsparpotenzial erwarten ließen. Er betont, dass für das Flächenmanagement eine zusätzliche Stelle eingerichtet worden sei. Er wundere sich, dass die Mehrheitsfraktionen keine Haushaltsanträge zu dem Bereich der Schulen stellten. Auch Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bringt diesbezüglich seine Enttäuschung zum Ausdruck.

Ausschussmitglied Albert Richter erinnert daran, dass die Schulen aufgrund des im Gutachten dargestellten größten Einsparpotenziales vorgezogen worden seien. Wegen der begrenzten personellen Ressourcen gestalte sich eine Beschleunigung der Untersuchungen schwierig.

Ausschussmitglied Thomas Siegers betont, dass die Reihenfolge so durch die Verwaltung seinerzeit vorgeschlagen worden sei und die Politik dem folgte. Haushaltsanträge zum Bereich Schulen lägen auch deshalb noch nicht vor, da es sich um ein sensibles Thema handle. Außerdem sei er der Meinung, dass das im Gutachten dargestellte Konsolidierungspotenzial in Frage zu stellen sei.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen ergänzt, dass der Hintergrund für die „zusätzliche“ Stelle eine Stellenberechnung des Gutachters gewesen sei, welches diesen Stellenbedarf bereits für die originären Aufgaben im Flächenmanagement vorsah. Insofern habe man durch die Schaffung der Stelle dieses Soll nun erfüllt.

Beschluss-Nr. 767.1.8	Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür 13 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss lehnt den Antrag der Fraktionen Die Aktive, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen, eine Beschleunigung der Untersuchungen zum Liegenschafts- und Flächenmanagement herbeizuführen, mit den Gegenstimmen von CDU, SPD und des Bürgermeisters ab.	

3.9 Ausbau „Am Sportplatz“ (CDU, SPD)

Ausschussmitglied Thomas Siegers begrüßt die Veranschlagung des Straßenausbaus im Haushalt für das Jahr 2019. Die durch die neue Beitragssatzung zu schaffenden Rahmenbedingungen müssten im Vorfeld klar sein.

Herr Dückers stellt die Beratung in den Gremien für Anfang 2018 in Aussicht und sagt zu, die Mittel für 2019 bis auf Weiteres zu „sperren“.

Ausschussmitglied Albert Richter betont ebenfalls, dass die Auswirkungen der beabsichtigten neuen Beitragssatzung klar sein und durch die Politik vertreten werden müssten.

Beschluss-Nr. 767.1.9	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, die Mittel für den Ausbau der Straße „Am Sportplatz“ bis zur Verabschiedung einer neuen Satzung für die Beiträge nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) zu sperren.	

3.10 Sponsoring Kreisverkehre (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert den Haushaltsantrag und räumt gleichzeitig ein, dass es zum Teil nur geringe Möglichkeiten aus Sicht der Stadt wegen der Zuständigkeit des Kreises bei Kreisstraßen gebe.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach führt dazu aus, dass neben der Zuständigkeit auch die Frage der Durchführung der Pflege kompliziert und aufwendig sei. Darüber hinaus habe die Stadt zuletzt einen Sponsoringkatalog aufgestellt, ohne bisher eine Rückmeldung eines Interessenten bekommen zu haben.

Der Hauptausschuss erklärt sich mit dem Vorschlag von Bürgermeister Marc Venten, das Wort „Konzept“ aus dem Antrag der Fraktionen zu streichen, einverstanden.

Beschluss-Nr. 767.1.10	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, Möglichkeiten für ein Sponsoring von Grünflächen und Kreisverkehren zu prüfen.	

3.11 Verkehrsregelung Matthias-Hoeren-Platz (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erläutert den Haushaltsantrag und richtet seine Bitte an die Verwaltung, einen Vorschlag zu unterbreiten, da er sonst aufgrund des Verweises an die Fraktionen die Gefahr sehe, dass kein Ergebnis erzielt werde.

Bürgermeister Marc Venten und Ausschussmitglied Albert Richter weisen auf die einstimmige Verweisung des Themas auf die Fraktionen hin und halten die Erstellung eines neuen Konzeptes nicht für erforderlich.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach fügt hinzu, dass eine Stellungnahme der Verwaltung bereits abgegeben worden sei. Die Ergebnisse eines von der Politik geforderten Sicherheitsaudits sollten jetzt innerhalb der Fraktionen besprochen werden.

Der Antrag wird zurückgezogen.

3.12 Brückensanierung Goethestraße (CDU, SPD)

Ausschussmitglied Albert Richter spricht an, dass die Brücke aktuell nur für Radfahrer und Fußgänger zu überqueren sei. Offenbar sei eine Aufhebung der Sperre für Fahrzeuge nicht erforderlich. Insofern könne eine Sanierung für eine Öffnung für Fahrzeuge verneint und damit Einsparungen erzeugt werden.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach ergänzt, dass Sicherungsmaßnahmen ggf. anderweitig vorzunehmen seien. Im Falle eines konkreten Abgangs der Brücke stellt er den Lösungsvorschlag einer Holzbrücke für Radfahrer und Fußgänger in den Raum.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben hält die Brücke für überflüssig, da es andere Zugänge gebe.

Beschluss-Nr. 767.1.12	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, bei den Brückensanierungen INV66.004 zu prüfen, ob die Brückensanierung Goethestraße so zu gestalten ist, dass diese Brücke nur noch für den Rad- und Fußgängerverkehr zulässig ist.	

3.13 Verunreinigung durch Tiere im öffentlichen Raum (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bemängelt, dass die im letzten Jahr beschlossene Einführung eines Bußgeldtatbestandes noch nicht umgesetzt worden sei.

Stadtkämmerer Thomas Dückers stellt klar, dass er bei der angesprochenen Festlegung auf einen Betrag erhebliche rechtliche Bedenken habe. Es müsse weiterhin jeder Einzelfall betrachtet werden. Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Thomas Siegers unterstreicht er, dass man die Einführung eines solchen Bußgeldtatbestandes bei der Stadt Willich geprüft habe und die rechtlichen Bedenken nicht ausgeräumt werden konnten.

Ausschussmitglied Albert Richter schlägt vor, die Verwaltung um das Einholen von Erkundigungen bei weiteren Kommunen zu bitten und die Ergebnisse vorzustellen. Diese Vorgehensweise wird durch den Hauptausschuss befürwortet.

Beschluss-Nr. 767.1.13	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, Erkundigungen zu Bußgeld-Regelungen bei Verunreinigungen durch Tiere im öffentlichen Raum in anderen Kommunen einzuholen und die Ergebnisse vorzustellen.	

3.14 Unterführung / Rad- und Fußweg An der Sandkuhle (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Jochen Andretzky spricht an, dass das Thema im Hauptausschuss und Rat bereits angesprochen worden sei. Er stellt die Frage, wie teuer die Unterführung und die notwendige Anbindung An der Sandkuhle voraussichtlich werden. Er bittet um Mitteilung der Kostenschätzung.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach zeigt den Hauptausschussmitgliedern anhand einer Karte die Örtlichkeit im Gebiet „Niers-Aue“ auf und erläutert die aktuelle Situation rund um die Anbindung an den Ortskern. Die Herstellung einer Zuwegung zum Tunnel sei eingeplant. Die Festsetzung eines Tunnels müsse allerdings noch erfolgen, hier würden die Kosten nochmals geschätzt werden. Der Bau einer Brücke sei im Bebauungsplan nicht enthalten.

Der Haushaltsantrag wird im Folgenden auf den Fachausschuss verwiesen.

Beschluss-Nr. 767.1.14	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss verweist den Haushaltsantrag der Fraktionen Die Aktive, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen zur weiteren Behandlung an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege und beauftragt die Verwaltung, diesbezüglich eine Kostenermittlung vorzulegen.	

3.15 Ertüchtigung Brücke / Unterführung L31 (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erläutert, dass dieser Haushaltsantrag inhaltlich an den vorherigen anknüpfe. Er halte eine zügige Ertüchtigung der Brücke für den Zugang in die Innenstadt für erforderlich.

Ausschussmitglied Thomas Siegers sieht keine Eilbedürftigkeit, da bereits jetzt keine Barrierefreiheit gegeben sei. Die Sperre der Brücke wegen Ertüchtigungsmaßnahmen halte er für schlecht.

Ausschussmitglied Albert Richter hält das Thema für wichtig, allerdings müsse man wegen der Finanzmittelknappheit Prioritäten setzen. Seiner Meinung nach hätte dabei der Neubau eines Kindergartens in der Niers-Aue Vorrang.

Der Antragsteller meldet sich erneut zu Wort und schlägt vor, die Finanzierung mithilfe der Erträge aus dem Baulandmanagement herzustellen.

Bürgermeister Marc Venten empfiehlt den Verweis auf den Fachausschuss, was im Hauptausschuss befürwortet wird.

Beschluss-Nr. 767.1.15	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss verweist den Haushaltsantrag der Fraktionen Die Aktive, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen zur weiteren Behandlung an den Ausschuss für Bau und Verkehr.	

3.16 Anfrage Sauberkeit Bahnhöfe / Unterführungen (CDU, SPD)

Nach kurzer Diskussion und der Bitte an die Verwaltung, für eine tägliche Reinigung Sorge zu tragen, ist die Anfrage erledigt.

3.17 Internet-Auftritt der Stadt und Ratsinfo-System PV-Rat (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen erläutert die Thematik und gibt einen Einblick in die beiden im Antrag angesprochenen Bereiche "Relaunch Homepage" und „digitale Ausschussprotokolle“. Zum Internetauftritt führt er aus, dass eine Anpassung des Layouts und der inhaltlichen Struktur zuletzt vor elf Jahren erfolgte und zur Überarbeitung eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen worden sei. Die Umsetzung der notwendigen Anpassungen sei für das erste Halbjahr 2018 geplant, daher sollte eine entsprechende Ermächtigungsübertragung vom Haushalt 2017 in das Jahr 2018 vorgesehen werden. Gleichzeitig würde für das zweite Halbjahr 2018 ein Bürgerportal der ITK aufgebaut werden.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell betont, dass die Wichtigkeit des Themas durch den Haushaltsantrag nochmals ausgedrückt werden sollte.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass ein Verzicht auf die Versendung der Protokolle durchaus eine Arbeitserleichterung darstellen könnte, eine finanzielle Ersparnis sei dagegen schwer zu beziffern.

Ausschussmitglied Thomas Siegers bittet darum, mithilfe einer automatisierten Benachrichtigung per E-Mail die Ratsmitglieder über das Vorliegen neuer Niederschriften zu informieren.

Ausschussmitglied Albert Richter sieht Schwierigkeiten bei technisch weniger versierten Ratsmitgliedern. Gegebenenfalls müsse man daher Ausnahmen vorsehen oder dies innerhalb der Fraktionen regeln.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky unterstreicht, dass bei einer Migration von PV-Rat in ein neues System die Altdaten übernommen werden sollten. Im Übrigen sieht er das Einrichten automatisierter Benachrichtigungen per E-Mail als Bedingung für den Beschlussvorschlag an.

Beschluss-Nr. 767.1.17	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines neuen Zeitplanes für den Relaunch des Internetauftrittes der Stadt. Ferner empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat der Stadt Korschenbroich, zu beschließen, dass zukünftig auf die Übersendung von Rats- und Ausschussprotokollen verzichtet wird. Der Beschluss wird bei Stimmenthaltungen des Bürgermeisters sowie eines Ausschussmitgliedes der CDU-Fraktion gefasst.	

3.18 Tablets für Rats- und Ausschussmitglieder (Zentrum, ULLi)

Das Ausschussmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack erhofft sich von dem Haushaltsantrag seiner Fraktion eine Kostenreduzierung.

Die Ausschussmitglieder Peter Berger, Albert Richter und Wolfgang Houben sowie der Bürgermeister sprechen sich grundsätzlich für eine zukünftige Verwendung von Tablets aus, jedoch sei der Zeitpunkt hierfür noch zu früh.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen ergänzt, dass im Vorfeld noch eine Reihe von Fragen bezüglich der Kosten, Nutzung und Schulung geklärt werden müssten.

Es erfolgt keine Abstimmung, da der Antrag zurückgezogen wird.

3.19 Überstunden, Mehrarbeit, Bereitschaftsdienste (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Stadtkämmerer Thomas Dückers sagt zu, dem Hauptausschuss eine Übersicht bzw. einen Bericht zuzusenden.

Ausschussmitglied Peter Josef Fels bittet um eine Differenzierung der Rückstellungen nach Überstunden und Urlaub. Zielsetzung müsse es sein, die Rückstellungen zu senken.

Beschluss-Nr. 767.1.19	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, einmal jährlich über anfallende Überstunden, Mehrarbeit und Bereitschaftsdienste in Verwaltung und Eigenbetrieben sowie deren Abbau durch Freizeit bzw. Vergütung zu unterrichten. Dabei sind auch die Entwicklung und die Veränderung zu Folgejahren darzustellen. Der erste Bericht für das Jahr 2017 ist im Januar 2018 vorzulegen.	

3.20 Kw-Vermerke Beamte (CDU, SPD)

Ausschussmitglied Albert Richter erläutert den Haushaltsantrag. Es solle dafür Sorge getragen werden, dass es keine unbeabsichtigte Stellenausweitung gebe.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen erklärt dazu, dass der Vorschlag durchführbar sei, da es für die zwei angesprochenen Stellen keine Aufgabenzuordnung gebe. Die Nachfrage von Ausschussmitglied Jochen Andretzky, ob es dadurch Auswirkungen auf das Gehalt gebe, verneint er.

Beschluss-Nr. 767.1.20	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, die zwei Stellen des gehobenen Dienstes für freigestellte Mitarbeiter ohne zugeordnete Aufgaben im Stellenplan mit einem Kw-Vermerk zu versehen.	

3.21 Stellenreduzierung Renten (CDU, SPD)

Ausschussmitglied Albert Richter stellt dar, dass die Beratung zum Thema Rente durch die Verwaltung als freiwillige Leistung erfolge. Die Bearbeitung der Anträge sei dagegen als Pflichtaufgabe zu klassifizieren. Als Einsparmaßnahme schlage er daher vor, auf den freiwilligen Part zukünftig verzichten zu wollen und die Beratung als Sprechstunden durch die Rentenversicherungen vor Ort durchführen zu lassen.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen hält diese Vorgehensweise für machbar. Im Übrigen zielte auch die erfolgte Beratung der GPA NRW zu diesem Thema darauf ab. Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Wolfgang Houben zu den diesbezüglichen aktuellen Kosten beziffert er den Betrag auf rund 10.000 € pro Jahr.

Beschluss-Nr. 767.1.21	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, die Stelle gem. Stellenplan für Produkt 05.04.10 – Beratung von Rentenangelegenheiten (0,69 Stellen) um 0,3 Vollzeit-Stellen zu reduzieren.	

3.22 Stellenreduzierung Wohngeld (CDU, SPD)

Ausschussmitglied Albert Richter empfiehlt eine Orientierung der Stellenausgestaltung an Benchmarks. Wenn die Aufgaben sich reduzierten, müsse auch der Personaleinsatz entsprechend angepasst werden.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen bestätigt diese Einschätzung und erläutert in diesem Zusammenhang auch die diesbezüglichen Aussagen der GPA NRW sowie des Personalbewirtschaftungskonzeptes, welches jährlich mit dem Haushaltssanierungsplan fortgeschrieben und diesem als Anlage beigelegt wird.

Beschluss-Nr. 767.1.22	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, für die Berechnung der Vollzeit-Stelle der Wohngeldbearbeitung zukünftig den Benchmark der Vergleichsfälle des interkommunalen Vergleiches von 2011 zu nehmen. Zum Nachweis der notwendigen Stellenanteile ist die Anzahl von Wohngeldfällen der Jahre 2012 bis 2016 im Hauptausschuss vorzustellen. Bei einem Anteil von Wohngeldfällen unter dem Benchmark 2011 der Gemeindeprüfungsanstalt ist der Stellenanteil anteilig zu kürzen (Basis 2011 eine Kürzung um 0,3 Stellen).	

3.23 Überwachung ruhender Verkehr (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell sieht den Haushaltsantrag als einen Baustein auf dem Weg hin zu einer fahrrad-, fußgänger- und kinderfreundlichen Stadt an. Die Priorität liege dabei auf dem Aspekt der Verkehrssicherheit.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach bezeichnet den Anlass des Antrages für nachvollziehbar, äußert aber auch Zweifel am Regelungseffekt. Er sehe eine zusätzliche Belastung von Bürgern und Verwaltung. Er könne sich jedoch eine Kombination aus kommunaler Ordnungskraft und Überwachungskraft für den ruhenden Verkehr in Form einer befristeten Stelle vorstellen.

Nach Ansicht von Ausschussmitglied Albert Richter lohne sich diese neue Stelle nicht. Es sei darüber hinaus eine politische Frage, im Rahmen derer etwaige positive Haushaltseffekte und Aspekte der Sicherheit abgewogen werden müssten.

Die Ausschussmitglieder Thomas Siegers und Peter Berger halten die angesprochene Maßnahme nicht für zielführend. Außerdem kritisieren sie den Einnahmebezug bzw. Refinanzierungsvorschlag der Antragsteller.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky beklagt, dass die sonst wünschenswerte Nennung eines konkreten Finanzierungsvorschlages hier offenbar als Ablehnungsgrund gesehen werde.

Beschluss-Nr. 767.1.23	Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss lehnt den Antrag, für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs eine weitere halbe Stelle einzurichten, mit den Nein-Stimmen der Fraktionen CDU und SPD sowie des Bürgermeisters bei einer Stimmenthaltung aus der CDU-Fraktion mehrheitlich ab.	

3.24 Interkommunale Zusammenarbeit Reisekosten (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Stadtkämmerer Thomas Dückers teilt zu der Anfrage mit, dass hierzu bereits im Jahre 2010 eine Prüfung stattgefunden hätte. Im Ergebnis sei die Abrechnung beim Kreis auf den Einzelfall bezogen deutlich höher, als bei der Stadt Korschenbroich.

3.25 Einsparung externe Gutachten (Zentrum, ULLi)

Bürgermeister Marc Venten bezieht sich auf den Haushaltsantrag und stellt dar, dass die Personalquote in der Kernverwaltung Korschenbroich laut der GPA NRW unter dem Mittelwert liege. Des Weiteren wünsche er vom Antragsteller zu wissen, wieso er zu der Annahme komme, die Kosten für externe Gutachten seien erheblich. Eine überschlägige Betrachtung der Verwaltung bezüglich der Kosten für externe Gutachten seit dem Jahr 2008 weise durchschnittliche Aufwendungen von rund 34.000 € p.a. auf. Hierin seien bereits als wesentliche Position die Gutachterkosten für die Beratungen zur Stadtwerkegründung einbezogen, die über die NEW im Rahmen der Begründung einer stillen Beteiligung mit einer jährlichen Eigenkapitalrendite refinanziert würden.

Beschluss-Nr. 767.1.25	Abstimmungsergebnis: 0 Stimmen dafür 18 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss lehnt den Haushaltsantrag zur Einsparung externer Gutachtenkosten einstimmig ab.	

3.26 Hallenbad Korschenbroich (CDU, SPD)

Ausschussmitglied Thomas Siegers bezeichnet den Betrieb eines Hallenbades als freiwillige Leistung der Stadt. Allerdings werde ein Schwimmbad seiner Meinung nach sowohl für Schul- und Vereinsschwimmen, als auch Bevölkerungsschwimmen benötigt. Von dem Haushaltsantrag seiner Fraktion erhoffe er sich Vorschläge zur Steigerung der Attraktivität.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen zweifelt die Wirtschaftlichkeit einer Attraktivitätssteigerung des Hallenbades an und spricht sich dagegen aus.

Stadtkämmerer Thomas Dückers teilt mit, dass demnächst eine Studentin im Rahmen ihrer Bachelorarbeit eine betriebswirtschaftliche Ausarbeitung zum Hallenbad für die Stadt Korschenbroich erstellen werde. Dabei erhoffe man sich u.a. auch Erkenntnisse zur Attraktivität und geeignete Vorschläge für Maßnahmen, um diese zu steigern. Auch die Betrachtung der Öffnungszeiten könnte dafür eine Rolle spielen. Des Weiteren stellt Herr Dückers klar, dass etwaige Planungskosten im Zusammenhang mit dem Beschlussvorschlag gegebenenfalls im Rahmen einer Haushaltsrestebildung bei den Planungskosten Hochbau (INV60.033) bereitgestellt werden könnten.

Bürgermeister Marc Venten stellt anhand der Besucherzahlenentwicklung für das Bevölkerungsschwimmen dar, dass die Nachfrage in den letzten zehn Jahren stark abgenommen habe. Dies könne verschiedene Ursachen haben, beispielsweise auch die Öffnungszeiten. Dennoch halte er eine Attraktivitätssteigerung für möglich und er erachte es überdies für erforderlich, eine solche Infrastruktur vorzuhalten.

Ausschussmitglied Albert Richter plädiert dafür, dass das Hallenbad in den Ferien geöffnet sein müsse. Im Übrigen solle man zunächst abwarten, ob die durch Herrn Dückers angesprochene Bachelorarbeit hilfreiche Erkenntnisse für die beantragten Planungsmaßnahmen liefern könnte.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bemängelt, dass die beantragten Planungsleistungen und etwaige Prüf- und Investitionskosten nicht vollständig durch höhere Besucherzahlen zu kompensieren seien. Es handele sich somit um ein Verlustgeschäft für die Stadt.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben schlägt vor, zunächst die Auswirkungen von längeren Öffnungszeiten abzuwarten. Im Anschluss daran könne man dann Überlegungen zur Attraktivitätssteigerung anstellen.

Beschluss-Nr. 767.1.26	Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür 4 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse Vorschläge zu unterbreiten, wie die Attraktivität des Schwimmbades Korschenbroich und damit die Anzahl der zahlenden Besucher erhöht werden kann. Gegen den Beschlussvorschlag stimmen die Fraktionen Die Aktive und FDP sowie ein Ausschussmitglied von Bündnis 90/Die Grünen.</p>	

3.27 Aufwendungen Gaststätten, Veranstaltungen, Märkte (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen bezieht sich auf steigende Kosten.

Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert, dass die Kostenbeteiligung der Schützenvereine an den Reinigungskosten im Jahre 2005 festgelegt wurde und seit dem Jahr 2010 als Haushaltsbeschluss um 20 % erhöht worden sei. Die Kostenbeteiligung beziehe sich aber nicht auf die Kosten für Absperurmaßnahmen, die den größten Anteil an den städtischen Kosten ausmachten.

Hinsichtlich des Teilergebnisplanes merkt Ausschussmitglied Thomas Siegers an, dass in den Ansätzen zwar die Ausgaben stiegen, aber die Einnahmen nicht angepasst würden. Daher sei die Darstellung mißverständlich. Stadtkämmerer Thomas Dückers sagt zu, zukünftig auch den Einnahmeansatz in den Planungen entsprechend anzupassen, da die Ist-Einnahmen auch stiegen.

3.28 Spiel- und Bolzplätze (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Ausschussmitglied Thomas Siegers erläutert den Haushaltsantrag. Die Auswertung der Projektarbeit von Studierenden der FHöV Duisburg habe ergeben, dass die vier vorgeschlagenen Plätze zurückgebaut werden könnten, wodurch Einsparpotenziale erwartet werden. Gleichzeitig solle ein Teil dieser Einsparungen für die Aufwertung anderer Spielplätze im Rahmen einer Budgeterhöhung verwendet werden.

Auf die Nachfrage von Ausschussmitglied Jochen Andretzky, ob das aufgeführte Einsparpotenzial aus Sicht der Verwaltung realistisch sei, antwortet der Beigeordnete Georg Onkelbach, dass die Ermittlung auf umfangreiche Untersuchungen und Auswertungen der Projektgruppe im Rahmen der Projektarbeit zurückgehe und diese angesetzt werden könnte. Er verweist diesbezüglich auf die aus seiner Sicht gute Ausarbeitung, im Rahmen derer u.a. mithilfe der Bildung von Polygonen für Ortsteile und Betrachtungen der jährlichen Unterhaltungskosten sowie Attraktivitäts- und Frequenzierungsbewertungen konkrete Handlungsempfehlungen an die Verwaltung formuliert worden seien.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben stellt zur Debatte, dass im Rahmen eines Rückbaus von Spielflächen eine Gestaltung als Grünfläche, aber auch die Zuführung einer anderen Nutzung bzw. Verwendung denkbar sei.

Am Beispiel des Spielplatzes Willi-Hannen-Straße entgegnet der Beigeordnete Georg Onkelbach, dass hier aufgrund des Baumbestandes keine konkrete Nutzung anzustreben sei. Zum Thema Spielplätze merkt er allgemein noch an, dass man immer auch die Bevölkerungsentwicklung in den Einzugsgebieten rund um die vorhandenen Plätze beobachten müsse.

Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert die Vorgehensweise bei der Abbildung des Beschlussvorschlages im Haushalt. Für das Jahr 2018 würde der Haushaltsansatz für die Anschaffung neuer Geräte auf Spielplätzen im Wege einer Haushaltsresteübertragung um 10.000 € angehoben werden (INV60.001). Gleichzeitig würde dann im Jahr 2018 der Ausgabeansatz bei den Daueraufträgen Stadtpflege für die Unterhaltung der aufgeführten Spielplätze um das im Beschlussvorschlag genannte Einsparpotenzial von 20.000 € gesperrt werden (Sachkonto 524110). Ab dem Haushaltsjahr 2019 würden dann die zu beschließenden Änderungen regulär in den Haushaltsansätzen verarbeitet werden. Unter dem Strich würde durch diese Veränderungen ein jährliches Einsparpotenzial von 10.000 € erwirtschaftet werden. Zum Nachweis und Controlling wird eine neue Maßnahme in das HSP aufgenommen (HSP-Maßnahme 16 – Spiel- und Bolzplätze).

Beschluss-Nr. 767.1.28	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich bei Stimmenthaltungen von Ausschussmitgliedern der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der Aktiven, den Rückbau der folgenden Spielplätze vorzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Willi-Hannen-Straße, Korschenbroich• Auf den Kempfen, Kleinenbroich• Dorfer Feldweg, Kleinenbroich• Mühlenkamp, Liedberg <p>Eine Veräußerung der Grundstücke erfolgt nicht.</p> <p>Das sich daraus ergebene Einsparpotenzial bei den Unterhaltungsmaßnahmen von jährlich 20.000 € sowie eine Budgetaufstockung bei der Anschaffung von Spielgeräten um 10.000 € p.a. ist ab dem Haushalt 2018 zu berücksichtigen. Zum Nachweis wird eine neue Maßnahme in den Haushaltssanierungsplan aufgenommen.</p>	

3.29 Sanierung Waldsportanlage Korschenbroich (CDU, SPD)

Ausschussmitglied Thomas Siegers bittet darum, Möglichkeiten zur Schaffung neuer Parkplätze zu prüfen und die Kosten dafür zu berechnen.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach teilt mit, dass hierfür kein Budget zur Verfügung stehe. In Frage kommende Flächen würden aber frei werden, sodass eine Finanzierung ggf. später nochmals diskutiert werden könne.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

17. Sitzung Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich vom 16.11.2017

Seite 22 von 27

Beschluss-Nr. 767.1.29	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, inwiefern im Zusammenhang mit der Sanierung der Waldsportanlage Korschenbroich und dem Ausbau der Straße „Am Sportplatz“ das Parkplatzangebot für die Waldsportanlage und die Waldsporthalle erhöht werden kann. Die Prüfung beinhaltet auch eine Kostenschätzung.	

3.30 Reduzierung der Nitratbelastung auf landwirtschaftlichen Flächen (Die Aktive, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen)

Beschluss-Nr. 767.1.30	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss verweist den Antrag zur Reduzierung der Nitratbelastung auf landwirtschaftlichen Flächen zur weiteren Behandlung an den Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz.	

3.31 Einrichtung Umweltkataster (Zentrum, ULLi)

Beschluss-Nr. 767.1.31	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss verweist den Antrag zur Einrichtung eines Umweltkatasters zur weiteren Behandlung an den Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz.	

3.32 Energiepolitische Maßnahmen (Zentrum, ULLi)

Beschluss-Nr. 767.1.32	Abstimmungsergebnis: 0 Stimmen dafür 18 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss lehnt den Antrag zu energiepolitischen Maßnahmen ab.	

3.33 Umweltfrevel verfolgen (Zentrum, ULLi)

Beschluss-Nr. 767.1.33	Abstimmungsergebnis:	0 Stimmen dafür 18 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss lehnt den Antrag zur Verfolgung von Umweltfrevel ab.		

3.34 Sozialer Wohnungsbau (CDU, SPD)

Ausschussmitglied Albert Richter bezeichnet das Angebot von preiswerten Wohnungen als wichtig. Anschließend gibt er einen Überblick über die Diskussionen und Entscheidungen zu diesem Thema in den letzten Jahren. Die Stadt habe eine soziale Verantwortung und solle daher Sozialwohnungen bauen und anbieten.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach erklärt, dass eine Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus im Baugebiet Holzkamp vorgesehen sei. Haushaltsmittel stünden seit dem Jahr 2016 dazu zur Verfügung. Er plädiere dafür, das Wort „zügig“ aus dem Beschlussvorschlag zu streichen. Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen, warum man sich nicht private Investoren suche, führt er weiter aus, dass die Stadt sich angesichts des steigenden Bedarfes selbst die Verpflichtung zum Wohnungsbau auferlegt hätte. Außerdem handelte es sich im Rahmen der Überlegungen um städtische Grundstücke für Mehrfamilienhäuser. Schließlich wolle man die zum Teil abgängigen Wohnhäuser im städtischen Immobilienbestand ersetzen, um so das Angebot aufrechterhalten zu können.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky beklagt die Formulierung des Beschlussvorschlages. Es lägen wesentliche Informationen noch nicht vor. Dazu zähle er ein entsprechendes Konzept, die Klärung der Frage nach einer Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft, die Frage des Bauherren und eine Festlegung, wie viele Wohneinheiten geschaffen werden sollen.

Die Verwaltung sagt die Beteiligung der zuständigen Ausschüsse zu gegebener Zeit zu.

Beschluss-Nr. 767.1.34	Abstimmungsergebnis:	17 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung bei einer Stimmenthaltung eines Ausschussmitgliedes der FDP-Fraktion, die im Haushalt vorgesehenen Mittel i.H.v. 2,5 Mio. € für den sozialen Wohnungsbau für die Errichtung eines Mehrfamilienobjektes im Baugebiet Holzkamp-West zu verwenden.		

3.35 Kreisumlage (CDU, SPD)

Im Hauptausschuss wird sich angesichts der aktuellen Diskussionen um die Weitergabe der LVR-Umlagensenkung dafür ausgesprochen, dass der Kreis zukünftig transparenter mit den wesentlichen Parametern zur Festlegung der Kreisumlage umgehen sollte. Hierzu werde auch gefordert, dass der Kreis ebenfalls eine Liste seiner freiwilligen Leistungen aufstellt. Stadtkämmerer Thomas Dückers sagt zu, die geäußerte Kritik im Rahmen der nächsten

Kämmerersitzung aufzunehmen und in eine gemeinsame Resolution der Kommunen des Rhein-Kreises Neuss einzubinden.

Beschluss-Nr. 767.1.35	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, im Zusammenhang mit der Festsetzung der Kreisumlage gegenüber dem Rhein-Kreis Neuss folgende Erwartungen zu verdeutlichen: <ul style="list-style-type: none">• Weitergabe einer möglichen Senkung der Umlage des Landschaftsverbandes Rheinland vom Rhein-Kreis Neuss in vollem Umfang an die Kommunen. Senkung der Kreisumlage über den im aktuellen Entwurf vorgesehenen Hebesatz hinaus.• Aufstellung einer Übersicht über die freiwilligen Leistungen des Rhein-Kreises Neuss.	

3.36 Anpassung Forstwirtschaftsplan (ULLI/Zentrum)

Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht zugegen.

Beschluss-Nr. 767.1.36	Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss verweist den Antrag zur Anpassung des Forstwirtschaftsplanes zur weiteren Behandlung an den Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz.	

3.37 Erhöhung Grundsteuer A (Zentrum, ULLi)

Stadtkämmerer Thomas Dückers stellt dar, dass die im Rahmen der Antragstellung seitens Herrn Makowiack vorgebrachten Zahlen falsch berechnet seien.

Beschluss-Nr. 767.1.37	Abstimmungsergebnis: 0 Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 3 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss lehnt den Antrag zur Erhöhung der Grundsteuer A bei drei Stimmenthaltungen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sowie eines Ausschussmitgliedes der CDU-Fraktion ab.	

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

17. Sitzung Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich vom 16.11.2017

Seite 25 von 27

Anschließend stimmt der Hauptausschuss über die Haushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie den Haushaltssanierungsplan 2012 in der Fassung der 6. Fortschreibung ab.

Beschluss-Nr. 767.1	Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür 5 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
3 a) Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat bei Gegenstimmen der Ratsfraktionen Die Aktive und FDP sowie der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, aufgrund der §§ 78 ff. GO NRW die Haushaltssatzung für das Jahr 2018 in der vorliegenden Fassung mit Haushaltsplan und Anlagen unter Berücksichtigung der zusätzlichen Investitionsmaßnahme „Neubau Kindergarten Niers-Aue“ sowie der erteilten Prüfaufträge und Maßgaben zur Haushaltsausführung zu beschließen.	

Beschluss-Nr. 767.1	Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür 5 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
3 b) Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat bei Gegenstimmen der Ratsfraktionen Die Aktive und FDP sowie der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, den Haushaltssanierungsplan 2012 für die Jahre 2018 bis 2021 in der Fassung der 6. Fortschreibung unter Berücksichtigung folgender Ergänzung zu beschließen: Als zusätzliche Maßnahme ist der Rückbau von Spielplätzen mit einem jährlichen Einsparpotenzial von 10.000 € vorzusehen.	

4. Stellen- und Organisationsplan 2018 der Stadt Korschenbroich sowie Stellenpläne der städtischen Eigenbetriebe

Beschluss-Nr. IX/763.1	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich den Stellen- und Organisationsplan der Stadt Korschenbroich für das Jahr 2018 sowie die Stellenpläne 2018 des Städtischen Abwasserbetriebes und des Städtischen Eigenbetriebs Stadtpflege in den vorliegenden Fassungen unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zu beschließen. Die Stellen- und Organisationspläne sind der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.	

5. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten bei Einsätzen der Feuerwehr in der Stadt Korschenbroich

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen hält die aufgeführten Kostenersätze für sehr niedrig.

Daraufhin erläutert Stadtkämmerer Thomas Dückers die Berechnungsgrundlagen bei der Neufassung der Satzung. Er weist daraufhin, dass die Gebühren dem städtischen Haushalt zugutekämen. Auf die Nachfrage zu den Unterschieden bei der Gebührenfestsetzung einzelner Fahrzeuge gegenüber der bisherigen Satzung erklärt er, dass die alte Satzung noch zu Zeiten der Kameralistik aufgestellt und deren Kostensätze längst überholt seien. Die Personalkosten der hauptamtlichen Feuerwehrkräfte sowie entsprechende Personalkostenanteile der Verwaltungsmitarbeiter seien in die Berechnung eingeflossen.

Beschluss-Nr. IX/788	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich den Erlass der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten bei Einsätzen der Feuerwehr in der Stadt Korschenbroich in der anhängenden Fassung. Die Satzung ist der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.	

6. Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW zur Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel (APL) für den Neubau des Kindergartens Niers-Aue

Beschluss-Nr. IX/798	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Anstelle des Rates der Stadt Korschenbroich trifft der Hauptausschuss gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW folgende dringliche Entscheidung: Der Rat der Stadt Korschenbroich genehmigt zur Finanzierung des Neubaus eines 4-Gruppen-Kindergartens im Baugebiet „Niers-Aue“ die Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 Abs. 1 und 2 GO NRW in Höhe von 50.000,00 €. Des Weiteren genehmigt der Rat für das Jahr 2017 eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung gemäß § 85 Abs. 1 Satz 2 GO NRW für diese Maßnahme in Höhe von 350.000,00 € zulasten des Haushaltsjahres 2018. Die Mittelbereitstellung erfolgt im Haushaltsjahr 2017 unter der Investitionsnummer INV60.063. Die Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe wird durch Einsparungen für die	

Maßnahme „Heizungsanlage Kita Am Hallenbad“ (INV60.045) hergestellt. Die Deckung der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im laufenden Jahr wird durch entsprechende Mittelkürzungen bei der im 1. Nachtrag zum Haushalt 2017 vorgesehenen Verpflichtungsermächtigung für die Maßnahme „Erweiterung des Kindergartens Schulstraße“ (INV60.058) hergestellt.

7. Mitteilungen

Bürgermeister Marc Venten teilt mit, dass aufgrund zunehmender Platzprobleme in der Verwaltung (mehr Teilarbeit, Vorhaltung von Arbeitsplätzen) aktuell eine Organisationsuntersuchung in Auftrag gegeben werde. Darin soll die Wahrnehmung von Aufgaben im Hinblick auf die organisatorische Zuordnung analysiert werden. Er sehe diesbezüglich unter Umständen Optimierungspotenzial.

Auf Anmerkungen der Ausschussmitglieder Peter Holzenleuchter und Jochen Andretzky erörtert Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen, dass die Beauftragung eines externen Beratungsunternehmens vorgesehen sei. Die entsprechenden Haushaltsmittel könnten im Wege einer Resteübertragung aus dem laufenden Budget in das Haushaltsjahr 2018 bereitgestellt werden.

8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Ausschussmitglied Peter Josef Fels lobt den Stadtkämmerer und das Amt für Finanzen für die Aufstellung des Haushaltes und zeigt sich erfreut über die Beifügung eines Gesamtergebnishaushaltes auf Sachkontenebene. Gleichzeitig äußert er seine Enttäuschung darüber, dass aufgrund der vielen und teilweise sachfremden „Haushaltsanträge“ konkrete Fragestellungen zu einzelnen Haushaltspositionen nach sechs Stunden Sitzung kaum noch möglich seien.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky merkt an, dass auf dem Matthias-Hoeren-Platz zwar neue Markierungen für Parkplätze aufgetragen worden seien, aber keine Markierungen für den Fußweg am Rand. Das führe dazu, dass der Fußweg häufig zugeparkt werde. Er fragt nach einer Lösung des Problems.

Darauf entgegnet der Beigeordnete Georg Onkelbach, dass man sich den Platz nochmals angucken wolle und es jedoch schon eine farbliche Abgrenzung des Fußweges gebe.